

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e:Baureferat/ RIT	Haupt-/Abteilung(en) BAU I, H, G, T (Bereich):	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Bauprojektmanagement Leistungsstufe 1b Umsetzung		

1. Aufgabe

1.1 Beschreibung der Aufgabe:

Bereitstellung einer SAP-Applikation zur Verwaltung von Bauprojekten im Baureferat. Die Anwendung umfasst:

- Projektverwaltung/Stammdatenverwaltung
- Kostencontrolling
- Termincontrolling
- Gewährleistungsverfolgung

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/> ↔	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: Analyse der Aufwände für eine Umsetzung sowie Realisierung von Quick Wins im Standard des SAP-Moduls PS durch Customizing im Jahr 2019. Im Jahr 2020 folgt ein erweiterter Umsetzungsbeschluss auf Basis der Ergebnisse der Analyse.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	---

Erläuterung:

Bereitstellung von IT-Unterstützung für den Prozess des Bauprojektmanagement und Ausbau des schon etablierten Kostencontrollings im SAP-Modul PS.

2. Finanzielle Auswirkungen

2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert

2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.633.900€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs
7.1 Art:
7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: KOM RIT	Haupt-/Abteilung(en) KR - BewA (Bereich):	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss: KPS – NEU		

1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe: Auswertung Kaufverträge, Führung der Kaufpreissammlung, Ableitung wertrelevanter Daten, Beschaffung		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung: § 195 BauGB, §10 BayGaV		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung: Onlinezugang bzgl. Onlinezugangsgesetz, Bedarf für erweiterte Auswertungen, Erfüllung der IT-Sicherheitstechnischen und IT-Strategischen Vorgaben		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 konsumtiv	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen für 2019 *)	386.570 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	

2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs
7.1 Art:
7.2 Höhe in %:

*) Gesamt-Projektkosten folgen im Einzelbeschluss

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: KOM RIT	Haupt-/Abteilung(en) GSM (Bereich):	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss: GGD – Neu, künftig MAsTER		

1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe: Pflege der Hausnummern, Straßennamen und des städtischen Eigentums bei Flurstücken		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung: Straßenbenennung und Hausnummernvergabe sind hoheitliche Aufgaben		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung: Ablösung von alter Technologie durch Vorgabe von it@M Adressservice für alle Fachverfahren		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 konsumtiv	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.500.000 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	

2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs
7.1 Art:
7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat/Baureferat /RIT	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): diverse	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss:BAU-ER; Baustellen und Ereignismanagement		

1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe: IT-Unterstützung für die Prozesse des Baustellen- und Ereignismanagements - Nachfolgelösung von viaBau		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung:		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung: Geschäftsprozessoptimierung mit IT-Unterstützung (siehe auch Projektgenehmigungsbeschluss Nr. 14-20 / V 06706 vom 18.10.2016)		

2. Finanzielle Auswirkungen		
2.1 konsumtiv		
2.1.1 Einzahlungen		€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen		€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen		€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte		€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen		€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		€
2.1.2 Auszahlungen		€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert	

2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Nicht enthalten sind Mittel zur Projektumsetzung bei IT@M , da sich der Eigenbetrieb zum jetzigen Zeitpunkt nicht in der Lage sieht eine Kostenschätzung herbeizuführen	2019: 2.394.000 € 2020: 5.344.000 € 2021: 5.344.000 € 2022: 3.700.000 € 2023: 3.700.000 € davon 2019 – 2021 jeweils: 1.645.000 € für externe Unterstützung in den Referaten
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs
7.1 Art:

7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik (Kreisverwaltungsreferat)	Haupt-/Abteilung(en) (Bereiche): KVR-HA I/3 Bezirksinspektionen KVR-HA I/4 Gewerbe	Federführung: Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Gewerbe 3.0, Ablösung des Gewerbe- und Gaststättenverfahrens		

1. Aufgabe

Es ist Ziel des Vorhabens, bis 2021 die Prozesse der Bereiche Gewerbe, mit Reisegewerbe, und Gaststätten für Individualkunden und gewerbliche Kunden gesetzeskonform und vollständig mit aktueller Software zu unterstützen, was durch die derzeitigen Fachverfahren nicht erfolgt. Des Weiteren sollen aber auch die Geschäftsvorfälle, die ein behördliches Eingreifen erforderlich machen, z.B. nachträgliche Untersagung des Betriebs eines Gewerbes, künftig ebenfalls prozessual IT-unterstützt abgewickelt werden. Darüber hinaus sollen alle Unterlagen und Dokumente zu den Vorgänge in einem digitalen Akt bereitgestellt werden.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgerne Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung:
Pflichtaufgabe des Kreisverwaltungsreferats gemäß Gewer- und Gaststättenrecht

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	---

Erläuterung:
Mit der derzeitigen IT-Lösung, die im Jahre 2018 annähernd 30 Jahre im Einsatz sein wird, konnte das Ziel, die Prozesse der Bereiche Gewerbe, mit Reisegewerbe, und Gaststätten für Individualkunden und gewerbliche Kunden gesetzeskonform und vollständig mit aktueller Software zu unterstützen, bisher nur teilweise erreicht werden. Dies zeigt sich insbesondere dadurch, dass der städtische IT-Dienstleister die Umsetzung erforderlicher Anpassungen und Erweiterungen nicht mehr, bzw. nicht in ausreichender Qualität oder nicht zeitnah durchführen kann bzw. konnte.

Darüber hinaus sollen die Anforderungen des eGovernment berücksichtigt werden, unter anderem die des Bayr. eGov Gesetz sowie das Onlinezugangverbesserungsgesetz. Ergänzend hierzu verweisen wir auf den Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 03.03.2015 (SB), welcher im Rahmen der Mitarbeiterorientierung und Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen unter der „Kategorie 1 – Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen“ das Thema aufgreift. Es besteht der Auftrag, das durch eine geeignete IT-Unterstützung es unter anderem möglich sein soll, Gewerbemeldungen, wie in der EU-Dienstleistungsrichtlinie und der Gewerbeanzeigenverordnung gefordert, online erledigen zu können.

Die unten angegebenen Werte ergeben sich aus den in der WIBE 0 erfassten Daten. Die für die Jahre 2020 und 2021 anfallenden Finanzbedarfe sind zum jetzigen Projektstand (Anforderungsqualifizierung vor der MBUC-Empfehlung) noch nicht bewertbar.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 konsumtiv	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.001.000 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm:

6.2 Begründung/Berechnung:

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs

7.1 Art:

7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Kreisverwaltungsreferat RIT	Haupt-/Abteilung(en) KVR-III/3 (Bereich): Verkehrsüberwachung	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss: „Handyparken II – Bericht Konzeptionsprojekt und Realisierung Erfassungssapp Verkehrsüberwachung“		

1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe: kommunale Verkehrsüberwachung; ruhenden Verkehr überwachen; Verkehrsverstöße ahnden		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung: gesetzliche Aufgabe; Vollzug der Straßenverkehrsordnung (StVO)		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung: Ablösung veralteter Technik (mobile Datenerfassungsgeräte), Kontrolle von „Online-Parkscheinen“ (Einführung HandyParken)		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 konsumtiv	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2019: 1.175.000 € 2020: 156.000 € 2021: 160.000 € 2022: 165.000 € 2023: 127.000 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€

2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs
7.1 Art:
7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Referat für Bildung und Sport/RIT	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): RBS- GL	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss: AFASOFT		

1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe:		
Auflösung des derzeit vergaberechtlich rechtswidrigen Zustands bei der Nutzung der für die Berechnung und Auszahlung eingesetzten Software „AFÖGplus“ durch eine produktneutrale Ausschreibung im Rahmen einer europaweiten Vergabe im Wettbewerb		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung:		
Bürger und Bürgerinnen gewährt der Staat gemäß den gesetzlichen Vorgaben Förderungen nach den folgenden Gesetzen:		
Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und Auslandsförderung nach dem BAföG für in Deutschland ansässige Auszubildende und Studierende in Österreich,		
(Pflichtaufgabe: §39 BAföG - Bundesauftragsverwaltung)		
Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetz (BayAföG),		
Aufstiegsfortbildungsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) (sog. Aufstiegs-BAföG)		
Insbes. für die Berechnung der Förderungszahlungen und deren Auszahlung der Förderungsmittel setzt das AfA seit 2008 dazu die von der AKDB angebotene Software „AFÖGplus“ ein.		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
Die Vertragslaufzeit (5 Jahre) ist Ende 2013 abgelaufen. Der bestehende Vertrag verlängert sich automatisch jeweils um ein Jahr, falls nicht bis Mitte des Jahres gekündigt wird		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung:		
Der Betrieb von „AFÖGplus“ erfolgt durch die AKDB. Die Vertragslaufzeit (5 Jahre) ist Ende 2013 abgelaufen..		
Eine Änderung des Vertragsverhältnisses ist ohne Kündigung des Vertrages nicht möglich. Gemäß den Vorgaben der Vergabestelle ist zudem eine europaweite Neuausschreibung erforderlich. Mit der Neuausschreibung sind die aktuellen IT-technischen Möglichkeiten als auch die Vertragskonditionen neu zu betrachten.		

--

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 konsumtiv	
2.1.1 Einzahlungen	0 €
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.487 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1	1	Fachanalyst / QE 3
	0,5		Service-Owner / QE 3
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0		
	0		

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: Klärungsgespräch mit RBS-GL4 findet am 29.03.2018 statt

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

Das Projekt AFASOFT kann ohne Zuschaltung eines Fachanalysten nicht durchgeführt werden. Damit bleibt der vergaberechtswidrige Zustand langfristig bestehen.

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm:

6.2 Begründung/Berechnung:

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs

7.1 Art:

7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: RIT	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): STRAC	Federführung: RIT ¹
Arbeitstitel geplanter Beschluss: RBS_ITV_0178 Werkzeug zur Berichterstattung für Fachverfahren (BeFa)		
<p style="color: red;">Achtung: Aufgrund der stadtweiten Regelungen für IT-Beschlüsse wird das Formblatt für Befa vom RIT in den Eckdatenbeschluss eingebracht.</p>		

1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe:		
Ausgangslage:		
<p>- Aktuell ist das Werkzeug zur Berichterstellung „Oracle Discoverer“ bei RBS-IT im Einsatz und wird von den Fachverfahren Elektronisches Kassenbuch (RBS-GL2), Kostenfreiheit des Schulwegs (RBS-GV2) und Bußgeld Schulversäumnisse (RBS-AfA) zur Erstellung von Statistiken verwendet. Die Möglichkeiten des Werkzeugs werden von den Fachabteilungen intensiv genutzt, wodurch manueller Aufwand in hohem Maße eingespart wird. Jahresstatistiken und Abrechnungen in den Geschäftsbereichen werden mittels dieser Software erstellt.</p> <p>- Die Software „Oracle Discoverer“ wird seit Oktober 2014 nicht mehr vom Hersteller unterstützt, d.h. es gibt keine Aktualisierungen, Fehlerbehebungen und Sicherheits-Updates mehr. Dies birgt hohe Risiken. → Aus diesem Grund müssen diese Verfahren dringend auf ein neues Werkzeug zur Berichterstellung umgestellt werden.</p>		
Nutzen:		
<p>- Statistiken wie z.B. Jahresabrechnungen können zuverlässig und mit wenig Aufwand erstellt werden.</p> <p>- Zeitgemäße Werkzeuge bieten eine komfortable Benutzeroberfläche, die es dem Benutzer / der Benutzerin erlaubt, vorgefertigte Berichte zur gewünschten Zeit auszuführen sowie kurzfristige Informationsbedürfnisse (wie z.B. Stadtratsanfragen) durch selbst erstellte Analysen zu erfüllen.</p> <p>- Es können weitere Verfahren in das Reporting-Tool integriert werden. Langfristig ist es möglich, die Fachdaten aus vielen Quellen des RBS zusammenzuführen, miteinander zu kombinieren und zu nützlichen Informationen zu verdichten.</p> <p>- Ein stabiler Service bei it@M steht zur Verfügung.</p> <p>- Ein „Fachlicher-Technischer Support“ steht für die Erstellung und Dokumentation der Standardberichte sowie zur Schulung der Benutzer in der Einführungsphase zur Verfügung.</p>		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	><	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>
		bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>		zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>
Begründung: es besteht keine gesetzliche Verpflichtung		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>

¹ Mit Gründung des Referates für Informations- und Telekommunikationstechnik (IT-Referat) zum 1. Januar 2018 ändert sich die Vorgehensweise bei der Erstellung von IT-Beschlüssen und IT-Beschlüssen mit Fachanteil. IT-Beschlüsse, welche ausschließlich IT-Ressourcen betreffen, werden nur im IT-Ausschuss behandelt. Bei diesem Beschluss handelt es sich nach Rücksprache mit STRAC um einen IT-Beschluss mit Fachanteil, welche nach der neuen Vorgehensweise zu IT-Beschlüssen in den Stadtrat eingebracht wird, siehe http://intranet.muenchen.de/basis/it/it_beschl/arbeitsh/rit_hinweise_erstellung_it_beschluesse/index.html.

Erläuterung:

- Im bisherigen Verfahren „Oracle Discoverer“ gibt es kein zuständiges Personal und kein Know-How im Umgang mit dem Werkzeug, was dazu führt, dass keine Weiterentwicklung der Berichte stattfindet, Anpassungen an Änderungen in den Fachverfahren nicht vorgenommen werden können. Somit ist der Oracle Discoverer heute nur noch eingeschränkt nutzbar.
- Für die aufwendige Erstellung der Standardberichte wird für das neue „Werkzeug zur Berichterstellung für Fachverfahren“ ein „Fachlich-Technischer Support“ benötigt.
- Außerdem ist der Fachlich-Technische Support zuständig für die Schulung der Benutzer und Benutzerinnen, Dokumentation, Qualitätssicherung und Anwenderbetreuung.
- Mengengerüst: Für die Einführung des Werkzeugs in den drei Fachverfahren sind ca. 15 Mitarbeiter von GV2, GL2, AfA, Revisionsamt (Zugriff auf ELKABU) und Kassenamt (Zugriff auf ELKABU) zu betreuen, mit initial ca. 50 zu erstellenden Berichten, darunter die Bescheiderstellung von K-Frei und die umfangreiche Kennzahlenstatistik von SCUBU.

Die Aufgaben der Bereiche Entwicklung, Betrieb und Support werden im Rahmen des Services von it@M übernommen. Die Sachkosten beinhalten den Aufbau der Umgebung, die Beschaffung der notwendigen Lizenzen, Planung und Aufbau des Data Warehouses, die Migration bzw. Erstellung der geforderten Reports, die Erstellung aller notwendigen Dokumentationen sowie alle anfallenden Tätigkeiten, um das Projekt an den Betrieb zu übergeben (Tests, Risikomanagement, Early Life Support, ...). Der Service beinhaltet außerdem die Unterstützung der Anwender bei Ad-Hoc Anfragen.

2. Finanzielle Auswirkungen

Die einmaligen Sachvollkosten in Höhe 764.163€ für die Jahre 2019 bis 2020 des Vorhabens setzen sich aus den Kosten von it@M für die gesamte Projektlaufzeit bis zum Übergang in den Betrieb zusammen. Die nicht zusätzlich zahlungswirksamen Personalkosten beim Referat für Bildung und Sport setzen sich aus den Aufwänden für Fachanalysten und Projektleitung (170 PT) und Mitarbeit der Fachbereiche (42 PT) zusammen.

Die Kosten für den Betrieb durch it@M ergeben sich aus der Preistabelle von it@M. Der Betrieb wird im Rahmen eines Service zur Verfügung gestellt. Hier wurde im Rahmen der Umsetzungsstrategie die Servicekategorie C ermittelt. Daraus ergeben sich jährlich laufende Kosten in Höhe von 528.489 € ab 2020.

2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	700.000 € ²
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€

² auf 2019 entfallender Anteil geschätzt. Jährlich laufende Kosten in Höhe von 528.489 € ab 2020.

2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
<p>5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Falls Sicherheitslücken im Oracle Discoverer bekannt werden, muss das Werkzeug abgeschaltet werden. Falls die Server-Hardware, auf der der Oracle Discoverer betrieben wird, ausfällt und durch neue ersetzt werden muss, muss auch gleichzeitig das Betriebssystem des Servers aktualisiert werden. Unter dem neuen Betriebssystem ist der Oracle Discoverer voraussichtlich nicht mehr lauffähig. - Somit werden die o.g. Fachverfahren nicht mehr über ein Werkzeug zur Berichterstellung verfügen und auf Daten des Fachverfahrens nur noch über Anfragen an it@M zugreifen können. Die Erstellung von Statistiken wird erheblich mehr Zeit in Anspruch nehmen. Kurzfristige Anfragen können nicht mehr beantwortet werden. - Insbesondere für den Fachbereich RBS-GV2 entstehen hohe finanzielle Risiken: Falls der Oracle Discoverer nicht mehr verwendet werden kann, können nicht (fristgerecht) die erforderlichen Daten ermittelt werden, um beim Freistaat Bayern die pauschalen Zuweisungen für die Schülerbeförderung zu beantragen (Größenordnung ist ca. 9 Mio. EUR jährlich).
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: siehe 5.1

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung:

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs
7.1 Art:
7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: SOZ RIT	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich):	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss: WLAN-Ausstattung von städtischen Unterkünften		
1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe:		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung: Begründung kann dem Beschluss 14-20/V 06617 aus 2016 entnommen werden: u. a. Integration von Flüchtlingen, Kommunikationsmittel		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung: Umsetzung des Ziels alle städtischen Unterkünfte mit WLAN auszustatten (siehe Beschluss 14-20/ V 06617 aus 2016)		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 konsumtiv	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.338.593,00 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm:

6.2 Begründung/Berechnung:

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs

7.1 Art:

7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Sozialreferat RIT	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-I-WH, IBes-Nr.: 344/17	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss: LISSA (IT-Verfahren SGB XII)		

1. Aufgabe

1.1 Beschreibung der Aufgabe:

Für das IT Fachverfahren LÄMMkom im SGB XII wird die Wartung und Weiterentwicklung durch den Hersteller eingestellt. Der Anbieter plant, die bisherige Lösung nur noch befristet weiter zu pflegen und empfiehlt allen Kunden auf das Nachfolgeprodukt LÄMMkom LISSA umzustellen.

Vollkosten 6,6 Mio. € auf 5 Jahre gerechnet, davon zahlungswirksam 5,9 Mio. €. Der Nutzen für diesen Zeitraum beträgt 2.642.445 €.

(Aktualisierung der Kalkulation am 28.03.2018!)

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung: Bearbeitung und Auszahlung von Leistungen nach dem SGB XII

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	---

Erläuterung:

Der Umstieg erfolgt im Rahmen der bestehenden Pflegevereinbarung als Update. Für die Programmaktualisierung selbst fallen keine weiteren Lizenzkosten an. Jedoch müssen die fachlichen und technischen Voraussetzungen für den Wechsel erfüllt sein. Da es zahlreiche Funktionserweiterungen und weitere Anpassungen in LÄMMkom LISSA gibt, ist das Update in jedem Fall mit umfangreichem Aufwand bei der Landeshauptstadt München verbunden. So fallen beim RIT schätzungsweise 882 Personentage für Planung und Erstellung an, zusätzlich wird externe Unterstützung für SOZ-FKS mit schätzungsweise 754 PT sowie externe Beratung durch den Hersteller benötigt.

Für das Jahr 2019 werden haushaltswirksam (nur IT-Referat):

Kosten für Systemerstellung an it@M 1.290.951 €.

Dauerhafte Betriebskosten (Kategoriepreis) bei it@M fallen zwar an, im Gegenzug entfällt aber der Kategoriepreis für das Altverfahren. In der nachfolgenden Darstellung wird dieser Posten daher nicht mit berechnet.

In den Folgejahren fallen weitere Kosten in Höhe von etwa 1.152 T€ (nur IT-Referat) an.

2. Finanzielle Auswirkungen

2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€

2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.290.951 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
		0	
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: -/-

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: -/-
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: -/-

6. zusätzlicher Büroraumbedarf	nein
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: -/ Bedarf in qm: -/-	
6.2 Begründung/Berechnung: -/-	

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs

7.1 Art:

7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: RIT	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): Kundencenter SAP	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Beratung MKRw		

1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe:		
<p>Mit Beschluss 14-20 / V07004 wurde die Neuorganisation der IT der LHM beschlossen. Das dIKA-MKRw (SKA-GL-GL3) wird im Zuge dieser Umorganisation zu einem Teil in die sogenannte Fachliche Koordinierungsstelle (FKS) als neue GL3-Abteilung bei der Stadtkämmerei gebildet. Diese wird nach derzeitigem Stand die Aufgabengebiete Anforderungsmanagement, Projektmanagement, IT-Sicherheit sowie Unterstützung im Geschäftsprozessmanagement umfassen. Zum anderen Teil wird das dIKA-MKRw in das Kundencenter SAP (RIT) sowie zum IT-Dienstleister it@M übergehen. Das Kundencenter SAP wird nach derzeitigem Stand als zentrales Kundencenter für das Finanzmanagement unter SAP die Aufgaben des Customizing des MKRw, die Realisierung und Tests von Vorhaben und Projekte im Umfeld des MKRw sowie die Betreuung des laufenden Betriebs der SAP-Systeme MKRw übernehmen.</p> <p>Für diese Aufgaben bestehen im derzeitigen dIKA-MKRw Rahmenverträge zur Beratung im laufenden Betrieb, der Weiterentwicklung sowie für Projekte im Finanzmanagement unter SAP. Diese Beratungsverträge laufen in 2018 und befinden sich derzeit in entsprechenden Vergabeverfahren.</p>		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	<e><e><e>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>
		bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>		zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>
<p>Begründung:</p> <p>Durch Vergabebeschlüsse (14-20 / V 09966 und 14-20 / V 09977) wurden die Beratungsleistungen SPOT C und RUE in 2018 erneut zur Ausschreibung veröffentlicht. Die zu finanzierenden Beratungsleistungen für das RIT beinhalten IT Beratung für die Aufgabengebiete des Kundencenter SAP.</p> <p><u>Aufteilung der Beratungsbudgets:</u></p> <p>SPOT C und RUE II</p> <p>insgesamt: 20,58 Mio €, davon Anteil Kundencenter SAP</p> <p>2019: 3,145 Mio €</p> <p>2020: 3,145 Mio €</p> <p>2021: 3,145 Mio €</p> <p>2022: 3,145 Mio €</p>		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
<p>Erläuterung:</p> <p>Die Beratungsunterstützung erstreckt sich über den gesamten lifecycle der im Finanzmanagement unter SAP genutzten Komponenten und Anwendungen. Dies beinhalten laufenden Betrieb, Weiterentwicklung und Projekte sowie Sonderthemen wie technische Umsetzung des</p>		

Compliancemanagement, des Datenschutzes oder der IT-Sicherheit gleichermaßen.

2. Finanzielle Auswirkungen

2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	-- €
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-- €
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	-- €
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-- €
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-- €
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-- €
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-- €
2.1.2 Auszahlungen	-- €
2.1.2.1 Personalauszahlungen	nicht zutreffend
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.145.000 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	-- €
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-- €
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	-- €
2.2.2 Auszahlungen	-- €

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	--	--	--
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	--	--	--

4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:---

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: nicht zutreffend Bedarf in qm: nicht zutreffend
6.2 Begründung/Berechnung: —

7. Refinanzierung des geltend gemachten Stellenbedarfs
7.1 Art:
7.2 Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: RIT	Haupt-/Abteilung(en), (Bereich): Kundencenter SAP	Federführung: Stadtkämmerei
Arbeitstitel geplanter Beschluss: <i>EU-Richtlinie zur eRechnung; Umsetzung bei der LHM, Ressourcen zur Fortführung des Projekts eRechnung</i>		

1. Aufgabe

1.1 Beschreibung der Aufgabe:

Ressourcenbedarf Fachanalysten für Umsetzung Projekt e-Rechnung; Wie im Beschluss Nr. 14-20 / V 04185 FA/VV 15./16.03.2016 angekündigt erfolgt eine Beschlussvorlage zur weiteren Umsetzung des Projekts eRechnung. Im Rahmen des Beschlusses werden weitere Kapazitäten zur Durchführung des Projekts beantragt; Beschlussfassung ist für September 2018 vorgesehen

Die Landeshauptstadt München ist verpflichtet, bis zum 27.11.2019 den Empfang und die Verarbeitung elektronischer Rechnungen sicherzustellen. Die Grundlagen dafür sind die EU-Richtlinie 2014/55/EU und das Bayerische E-Government-Gesetz.

Das bedeutet, dass der derzeitige Papier-gestützte Prozessablauf vom Empfang einer Rechnung bis zur Auszahlung durch IT-gestützte Abläufe ersetzt werden muss. Erforderlich sind die Implementierung von IT-Lösungen für den Rechnungsempfang, die Weiterleitung (Workflow), die revisionssichere Archivierung und die elektronische Signatur.

Die Dauer des Projekts wird über 2019 hinaus gehen. Für September 2018 ist die Befassung des ehrenamtlichen Stadtrats zur Einführung der eRechnung bei der Landeshauptstadt München vorgesehen.

Die erforderlichen Mittel und Ressourcen für die Einführung der eRechnung können nicht vollständig aus dem Bestand bereitgestellt werden. Es sind befristet auf die Projektlaufzeit zwei zusätzliche Stellen im Anforderungsmanagement der Stadtkämmerei erforderlich und zusätzlich 500.000 EUR für externe Beratung. Mit diesen Mitteln sollen die Durchführung der Vergabe (Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und Bewertung der Angebote), die Erstellung von fachlichen Feinkonzepten zur Abbildung der Prozesse in der zu beschaffenden Software, die Begleitung der Implementierung und der Produktivsetzung erfolgen.

Nach vorläufiger Einschätzung sind von den Sachkosten i.H.v. 500.000 € 50% für fachliche Beratungsleistungen bei der Stadtkämmerei sowie 50 % für IT-Beratungsleistungen beim RIT zu veranschlagen. Die Verteilung auf die beiden Referate kann sich bei der weiteren Konkretisierung der geplanten Beschlussvorlage ggf. noch verändern.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/> Markierfeld	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/> Markierfeld
Daueraufgabe <input type="checkbox"/> Markierfeld	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	

Begründung:

- Pflichtaufgabe: Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus Art. 5 Abs. 2 BayEGovG
- zeitlich begrenzte Aufgabe: ja, da es sich um ein Projekt handelt

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/> Markierfeld	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/> Markierfeld	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/> Markierfeld
--	--	--

Erläuterung:

Gem. Art. 5 Abs. 2 BayEGovG i.V.m. Art. 19 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 BayEGovG müssen Rechnungen aus überschwelligem Vergaben ab 27.11.2019 elektronisch empfangen und verarbeitet werden können (Baufträge ab 5,548 Mio. €, Liefer-Dienstleistungen ab 221.000 €). Die Verpflichtung im Bereich unterhalb des Vergabe-Schwellenwerts wird mit dem in Vorbereitung befindlichen Erlass einer Bayerischen Ausführungsverordnung erwartet.

Mit der aktuellen IT-Ausstattung ist die Umsetzung der eRechnung nicht vollständig möglich. Daher ist ein Projekt zur Einführung entsprechender IT-Lösungen notwendig. Das dafür benötigte Personal im Bereich des Anforderungsmanagements der Stadtkämmerei kann nicht vollständig aus dem Bestand gedeckt werden, da das vorhandene Personal in anderen IT-Projekten (z.B. PSCD, neuer Haushalt München) eingesetzt ist. Ohne Personalzuschaltung ist es nicht möglich, die eRechnung bei der Landeshauptstadt München umzusetzen.

Die Anmeldung der personellen Ressourcen erfolgt direkt durch die Stadtkämmerei. Die Sachkosten werden zu je 50 % von Stadtkämmerei und RIT angemeldet.

2. Finanzielle Auswirkungen

2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	0 €
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.1.2 Auszahlungen	0 €
2.1.2.1 Personalauszahlungen	0 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	0 €
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	250.000 €

2.2 investiv

2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.2 Auszahlungen	0 €

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:
Die Erläuterung erfolgt in der Anmeldung der Stadtkämmerei.

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
Die Erläuterung erfolgt in der Anmeldung der Stadtkämmerei.

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:
Die Beschreibung erfolgt in der Anmeldung der Stadtkämmerei.

6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:
Bedarf in qm: siehe Anmeldung Stadtkämmerei

6.2 Begründung/Berechnung:
siehe Anmeldung Stadtkämmerei